Dokument erklärlich. So hatte Harding bereits am 4. März darauf hingewiesen, „daß man sich der Verpflichtungen und Schulden, die aus dem Kriege herrühren", zum Heile der Zivilisation entledigen müsse, und in seiner Kongreßbotschaft vergißt er nicht, die „Notwendigkeit einer gerechten Reparation" zu erwähnen, für deren Durchführung er sich einzusetzen gedenkt.

Damit wird der gesamte Fragenkomplex, der sich an die Stellung Amerikas zum Versailler Vertrag knüpft, aufgerollt, insbesondere aber dessen aktuellster Teil, die Wiederherstellung, angeschnitten. Amerikas Auffassung einer „gerechten" Reparation unterscheidet sich stark von der seiner europäischen Alliierten. Das ist von Anfang an so gewesen und geht mit Deutlichkeit aus den Veröffentlichungen der amerikanischen Finanzsachverständigen Bernhard Baruch und Thomas W. Lamont hervor. Sie weisen darauf hin, daß Amerika von jeher nur auf eine Wiederherstellung durch Deutschland innerhalb der Grenzen seiner Leistungsfähigkeit bedacht gewesen ist, die davon abhänge, daß Deutschland nicht durch anderweitige Bestimmungen des Friedensvertrages geschwächt werde und daß keine wesentliche Benachteiligung des deutschen Handels eintrete. Allerdings wurden in unbegreiflichem Gegensatz hierzu auch von amerikanischer Seite in den ersten Monaten des Jahres 1919 die deutschen Verpflichtungen in Höhe von 30 Milliarden Dollars oder 120 Milliarden Goldmark angegeben, eine Summe, die allen Möglichkeiten widersprach. Gleichwohl setzt schon das damals zu beobachtende Drängen der amerikanischen Delegierten nach der Festsetzung einer Gesamtschuldsumme — ein Vorgang, der am Widerstand der Franzosen scheiterte —, daß die Lösung des Reparationsproblems und die Beseitigung des im Wirtschaftsleben besonders scharf hervortretenden feindlichen Nachkriegszustandes von den Amerikanern mit Ernst betrieben wurde. Ihr Rücktritt von diesen Bestrebungen erfolgte erst dann, als es sich mehr und mehr zeigte, daß der Friedensvertrag und die ihm angeschlossene Völkerbundakte so ganz und gar zu einem „Zwangsmittel der Sieger" geworden waren und somit den amerikanischen Auffassungen vom Wiederaufbau der Welt widersprachen. Das Interesse der amerikanischen Regierung an diesem durch die Reparation eingeleiteten Wiederaufbau, der angeblich allein die Herbeiführung eines auch der amerikanischen Wirtschaft gedeihlichen Zustandes herbeiführen kann, ist seitdem nicht geringer geworden, was schon die Beteiligung Amerikas an der Durchführung einzelner Bestimmungen des Versailler Vertrages beweist, obwohl es diesen nie ratifizierte.

Solche Ueberbleibsel aus Wilsonscher Zeit sind so recht dazu angetan, ein Licht auf die zweideutige Stellung der Amerikaner dem Machwerk von Versailles gegenüber zu werfen, mit dem zu brechen sich das offizielle Amerika bis zur Bekanntgabe der Hardingschen Botschaft nicht entschließen konnte. Diese selbst kann die endgültige Abkehr von dem Erpressersystem der Alliierten auch nur in recht gewundener und vorsichtiger Redeweise vollziehen, nachdem der [illegible] Weg dazu benutzt worden war, die Hauptinteressen des Vertrages zu beseitigen und [illegible]. Daß Amerika moralische Zusammenhänge mit dem Vertrage von Versailles und besonders praktische Rücksichten in Anbetracht seiner in der Völkerbundakte [illegible] führenden Stellung als Weltmacht [illegible] nicht annehmen, noch ganz aufzugeben, daß es sich also in einer bedenklichen Zweifelslage befand, da es darum ist, gerade diesen Frieden mit den Mittelmächten abzuschließen, beweist sein Verhalten zu der [illegible] Resolution des Senators Knox. Bereits am 30. April vorigen Jahres wurde im Senat zum ersten Male die Knoxsche Entschließung, die den Frieden mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn zum Gegenstande hat, eingebracht und mit knapper Mehrheit angenommen. Am 27. Mai nahm sie das Repräsentantenhaus an, und erst Ende Februar dieses Jahres wurde sie dem Kongreß zugeleitet, der sie in erster Lesung [illegible]. Anfang März ist sie dann nochmals zur Verhandlung [illegible] worden, der der Ansicht war, sie [illegible] in dem Augenblick, in dem die Alliierten gegen Deutschland [illegible] als ein „Affront" betrachtet werden. [illegible] auf Europa bezüglicher [illegible] von ihrem Verfasser vor wenigen Tagen [illegible], der die Gründung des neuen Bundes der Nationen [illegible] soll. Und noch eine Woche vor der Eröffnung [illegible] Kongreß äußerte er sich in der [illegible] dahin, daß keine Notwendigkeit für ein überstürztes Vorgehen im Angelegenheiten der Resolution bestehe. In dieser Nachgiebigkeit der Behandlung des [illegible] Friedens liegt das Urteil dessen beschlossen, was wir trotz mancher [illegible] Wendung der Hardingschen Botschaft von diesem Manne und dem amerikanischen Volke auch in Zukunft zu erwarten haben, nämlich die [illegible] unserer Interessen nur insoweit, als sie in den Rahmen der amerikanischen Nützlichkeitspolitik hineinpassen. „Amerika über alles, dann die Alliierten und [illegible] in weiter Entfernung Deutschland und die Rücksichten auf die hemmenden Porasen von Menschlichkeit, wie sie dem Amerikaner seit Wilson nun einmal anhaften: das sind die Richtlinien der amerikanischen Zukunftspolitik und der eigentliche Sinn der Hardingschen Botschaft.

Haus Doorn schließt sich ab.

Rotterdam, 14. April. Die holländischen und englischen Blätter beschweren sich darüber, daß ihre Korrespondenten, die seit dem Tode der Kaiserin in Doorn verweilen, nichts erfahren konnten. Gelingt es einem Korrespondenten, an den Hofmarschall heranzukommen, so erhält er nur die Antwort: „Es tut uns leid, wir haben nichts mitzuteilen." Eine gewaltige Menschenmenge umlagert jetzt das Haus Doorn, besonders Zeitungsberichterstatter und Kinematographen, unter diesen in der Mehrzahl Ausländer. Am aufdringlichsten benehmen sich die Franzosen. (!) Einige Berichterstatter haben gemeldet, sie hätten den Kaiser gesehen und geben ausführliche Beschreibungen seines Aussehens. In Wahrheit hat jedoch der Kaiser Schloß Doorn nicht verlassen und sich auch nicht einmal am Fenster blicken lassen. Gestern machte der Kronprinz einen längeren Spaziergang mit seinem Adjutanten, und kurz darauf veröffentlichte der Amsterdamer „Telegraaf" einen Bericht, in dem u. a. gesagt wird: Der Kronprinz habe gelacht wie in früheren Zeiten, und man könne ihm nichts von schweren Schicksalsschlägen anmerken. Diese Geschmacklosigkeiten machen es verständlich, wenn man in Doorn alle Fremden zurückweist, und besonders die Pressevertreter. Der Ansturm von Telegrammen und Blumen hört nicht auf. Ueber 1600 Telegramme sind bereits in Doorn abgegeben worden.

Die holländische Regierung, sowie der holländische Hof werden durch besondere Gesandte bei der Beerdigung und Ueberführung der Leiche vertreten sein. Der holländische Hof legt eine zweimonatige Trauer an. Auch die Königshäuser von Spanien und Schweden senden Vertreter nach Potsdam zur Beerdigung.

Die Beisetzungsfeierlichkeit.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 14. April. Der Minister des Königlichen Hauses Graf v. Eulenburg hat heute an die Leidtragenden und an alle Teilnehmer an der Beisetzung der Kaiserin die Hofanlagen für die Trauerfeierlichkeiten am Dienstag ergehen lassen. Am Dienstag früh 9 Uhr versammeln sich die Prinzen und Prinzessinnen am Sarge zu einem kurzen Gottesdienst. Um 9½ Uhr setzt sich der Trauerzug in Bewegung. An die Geistlichen schließen sich die Abordnungen der ehemaligen Offiziere an, denen der Leichenwagen folgt. Seine vier Pferde werden von ehemaligen Mitgliedern des früheren Kürassier-Regiments „Königin" geführt. Die Zipfel des den Sarg bedeckenden Leichentuches tragen vier Ritter des Schwarzen Adler-Ordens. Zu beiden Seiten des Leichenwagens schreiten die ehemaligen General- und Flügel-Adjutanten, dann folgen die Prinzen und Prinzessinnen und die übrigen Fürstlichkeiten. Daran schließen sich die Ritter vom Schwarzen Adler-Orden, hieran das ehemalige Gefolge der Kaiserin. Den Schluß des Zuges bilden die früheren Beamten der Hofbehörde. Bei der Ankunft im Antiken Tempel wird der Sarg von dem Gesange: „Ich weiß, daß mein Erlöser lebt", empfangen. Dann singt die Trauergemeinde „Jesus, meine Zuversicht". Oberhofprediger Dr. v. Dryander hält die Trauerpredigt. Nach abermaligem Gesange der Trauergemeinde „Wenn ich einmal soll scheiden" singt der Chor: „Es ist ein Ruhetag vorhanden". Damit hat die Trauerfeier ihr Ende erreicht. Voraussichtlich findet im Anschluß an den Trauergottesdienst im Schlosse Cäcilienhof ein Empfang für die Trauergäste und Deputierten durch die Kronprinzessin statt.

Beileidstelegramm des Verbandes Deutscher Kriegsveteranen.

Der Verband deutscher Kriegsveteranen (Vors. Pfarrer em. Ebeling, Dresden) hat an den Kaiser ein Beileidstelegramm gesandt, in dem es u. a. heißt:

„Eurer Majestät bezeugt der Verband deutscher Kriegsveteranen hierdurch seine innige Anteilnahme bei dem Hinscheiden von Eurer Majestät Allerhöchster Gemahlin, unserer allerverehrten, unvergeßlichen Kaiserin Auguste Viktoria. Unvergessen bleiben die Opfer der Liebe, die sie nicht bloß den Ihrigen im Familienkreise, sondern auch weiten Kreisen unseres deutschen Volkes jederzeit in wahrer Herzensgüte dargebracht hat. Ihr Gedächtnis bleibt uns ein Segen."

Gouverneur Leutwein †.

Freiburg i. Br., 14. April. Der frühere Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika Generalmajor a. D. Theodor Leutwein ist in der vergangenen Nacht im 78. Lebensjahre gestorben. (W. T. B.)

Theodor Gotthilf Leutwein ist durch seine Tätigkeit als Kommandeur der Schutztruppe in Deutsch-Südwestafrika und später als Gouverneur dieser Kolonie besonders während der Hererokämpfe hervorgetreten. Er war im Jahre 1849 in Strümpfelbronn in Baden geboren und hatte auf der Universität Freiburg studiert. Seine militärische Laufbahn begann er im Jahre 1868 im 5. badischen Infanterie-Regiment 113. Als Major wurde er im Jahre 1893 nach Südwestafrika entsandt, wo er im Jahre 1895 als Kommandeur der Schutztruppe und Landeshauptmann eine Expedition gegen die Hereros leitete, nachdem er bereits 1894 an dem Feldzug gegen Hendrik Witboi teilgenommen hatte. Im Jahre 1898 wurde er zum Gouverneur von Deutsch-Südwest ernannt. Diesen Posten bekleidete er bis zum Jahre 1905. Er hatte in dieser Zeit noch mehrfach mit den Hereros und Hottentotten zu kämpfen. Gleichzeitig mit der auf seinen Antrag erfolgten Enthebung von seinem Gouverneurposten erfolgte seine Ernennung zum Generalmajor, nachdem er 1899 Oberstleutnant und 1901 Oberst geworden war. Er ist durch sein Buch „Elf Jahre Gouverneur in Deutsch-Südwestafrika" und Aufsätze in Zeitschriften besonders bekannt geworden.

Nachklänge zum Kommunistenaufruhr.

Die Unruhen im preußischen Landtag.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 14. April. Der preußische Landtag trat heute wieder zusammen. Die Sitzung begann mit einer heiteren Situation. Adolf Hoffmann, der frühere preußische Kultusminister, jetzt Kommunistenführer, hat sein Landtagsmandat niedergelegt.

Abg. Graef-Anklam (D.-N.) begründet in einer scharfen und wuchtigen Anklagerede gegen den sozialdemokratischen Minister des Innern Severing und den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen Hörsing seine Interpellation über den

kommunistischen Aufstand

in der Provinz Sachsen. Weshalb, fragte er, hat das Ministerium, obwohl in der rechtsgerichteten Presse seit langen Wochen auf die planmäßige Vorbereitung des Aufstandes aufmerksam gemacht worden ist, und obgleich die kommunistischen Zeitungen ganz offen das Signal zum Losschlagen gaben, nichts unternommen, um wirksam gegen das Treiben der kommunistischen Partei und ihrer Presse einzuschreiten? Bisher verlautet nichts darüber, daß der sächsische Oberpräsident dem privaten Erwerbsleben zurückgegeben werden soll. (Stürmische Heiterkeit.) Wir verlangen von der Regierung, daß sie sich im besonderen der Hinterbliebenen der gefallenen Sicherheitsleute annimmt, die in zahlreichen Fällen von dem verrohten Pöbel in bestialischer Weise verstümmelt wurden. Einem Offizier hat man drei Handgranaten um den Leib gebunden und daran eine Zündschnur entzündet. Von dem Manne ist auch nicht eine Spur übrig geblieben. (Anhaltende Bewegung. Großer Lärm bei den Komm.) In erster Linie waren es wieder unreife jugendliche Elemente, die die große Rolle in dem Aufstand spielten. Auch in der jetzigen Vertretung dieses Hauses gibt es ja eine große Anzahl von Herren, deren frischer Jugendschmelz die tatenfrohe Stirn schmückt (große Heiterkeit, anhalt. Lärm bei den Komm.) Der Mangel an Erfahrung muß bei den Jugendlichen außerhalb dieses Hohen Hauses (stürmische Heiterkeit) natürlich dazu führen, daß sie verbrecherischen Einflüssen unterliegen. Es ist ferner auffallend, wie viele Ausländer an der Bewegung beteiligt waren. Hätten wir in Preußen eine Regierung mit Verantwortlichkeitsgefühl für die Sicherheit der Bevölkerung, so wäre es auch unmöglich, daß die russischen Regierungsvertreter andauernd bolschewistische Propaganda treiben.

Der schwerste Vorwurf ist Herrn Severing aber deshalb zu machen, weil er das Eingreifen der Reichswehr verhindert hat. (Lebhafter Beifall rechts. Anhaltender Lärm links.) Es handelte sich hier um nichts als eine vollendete Bankrotterklärung der staatlichen Autorität und Selbstbehauptung. Herrn Severings Staat will gar nicht den Schutz der ruhigen Bevölkerung übernehmen. Er will diese bei kommunistischen Brandherden gewissermaßen als Streichfläche für das kommunistische Feuer benutzen. Das Ministerium, dem der Schutz von Ruhe und Sicherheit des Landes und seiner Bewohner anvertraut ist, muß anderen Händen übergeben werden. (Lebhafter Beifall rechts, Zischen und Pfeifen links.) — Abg. Eberlein begründet den kommunistischen Antrag, dem Staatsministerium das Vertrauen zu entziehen. Die Attentate in Mitteldeutschland hätten mit der Kommunistischen Partei nichts zu tun. Der sozialistische Minister Severing habe den Aufstand in Mitteldeutschland geradezu provoziert. Wir rufen, schließt Redner, das revolutionäre Proletariat zu neuem Kampfe auf! (Unruhe.)

Abg. Krüger-Potsdam verteidigte unter Angriffen auf die Rechte das Vorgehen Severings und verurteilte das der Kommunisten. Eberlein habe

das Loblied der Kommunistenführer gesungen, die den Arbeitern vorangegangen seien.

(Anhaltendes stürmisches Gelächter.) Herr Scholem war nicht dabei. Er deckt zwar alle Hetzereien der „Roten Fahne" als ihr Redakteur, fühlt sich aber sehr wohl in diesem Hause. (Große Heiterkeit.) Braß, Geyer, Däumig, Levi waren durch angebliche dringende Geschäfte an der Teilnahme an dem Unternehmen behindert. In den Leuna-Werken hat der Aktionsausschuß anscheinend sehr gute Verbindung mit der Außenwelt unterhalten. In der Nacht, in der er erfuhr, daß die Sipo einen Angriff ausführen würde, hat er nach vorheriger Beraubung einiger Kassenschränke den Arbeitern mitgeteilt, er begebe sich auf ein nächtliches Streifunternehmen. Der Ausschuß verschwand und überließ die Belegschaft ihrem Schicksale. So gingen die Kommunistenführer den Arbeitern voran. (Anhaltende stürmische Heiterkeit.) Wie mutig die Führer der Kommunisten sind, ist daraus zu ersehen, daß sich zu Beginn des Kapp-Putsches ein kommunistischer Abgeordneter von seinem größten Stolz, von seinem Bart trennte. (Zuruf bei den Kommunisten: Namen nennen!) Er heißt Adolph Hoffmann. (Anhaltende schallende Heiterkeit.) — Dann begründete Abg. Kleinspehn die Interpellation der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei betreffend die Aufhebung der außerordentlichen Sondergerichte. Hierauf wurde die Tagesordnung auf morgen vertagt.

Die Denkschrift über die Märzunruhen.

Berlin, 14. April. In der Denkschrift des preußischen Ministeriums des Innern über die März-Unruhen 1921 heißt es u. a.: Bereits im September 1920 war in Weißensee eine Kampforganisation der K. A. P. D. aufgedeckt worden. Infolge des Prozesses verzichtete die Berliner K. A. P. D. von diesem Zeitpunkte ab darauf, in dem geplanten Umfange größere Kampfverbände zu organisieren, da sie während des Prozesses sich immer mehr davon überzeugte, daß die Behörden über alle ihre Bestrebungen, insbesondere über die unter dem Deckmantel von Sportvereinen gebildeten Kampforganisationen genau unterrichtet waren. Tatsächlich sind dann auch bei den letzten Unruhen, obwohl es an Aufhetzung wahrlich nicht gefehlt hatte, keine Kampforganisationen der V. K. P. D. oder K. A. P. D. in Berlin in Erscheinung getreten.

Es war der Staatsregierung bekannt, daß seit den Tagen des Kapp-Putsches größere Mengen Waffen und Munition in den Händen der Arbeiterbevölkerung Mitteldeutschlands geblieben waren.

Bei den Ermittelungen zeigte sich mehr und mehr, daß in Mitteldeutschland zwar eine Kampforganisation nach Art der im Januar im Ruhrgebiete aufgehobenen und der in Frankfurt a. M. unschädlich gemachten nicht bestand, daß aber in fast allen Betrieben die in Arbeiterkolonien dicht beieinander wohnenden Mitglieder der kommunistischen Parteien oder der Allgemeinen Arbeiterunion sich im Besitze von Waffen befanden und gesonnen waren, im Falle einer Erhebung die Waffen zu gebrauchen und sich zu Trupps zusammenzuschließen. Jede Aktion war hier in weit höherem Grade als anderwärts auf die Betriebsorganisationen eingestellt. Gerade weil eine einheitliche Oberleitung, eine straffe Organisation, wie im Ruhrgebiete, fehlte, war es ungleich schwerer, der drohenden Gefahr zu begegnen, was nur durch Festnahme hinreichend verdächtiger Führer oder durch Beschlagnahme der Waffen hätte geschehen können. Jeden verdächtigen Kommunisten zu verhaften, war unmöglich.

Die Waffen waren zumeist in den Betrieben oder Schächten versteckt.

Es muß betont werden, daß die Gefahr einer unmittelbar drohenden, aus sich heraus losbrechenden Aufruhrbewegung in Mitteldeutschland trotz aller Hetze der Kommunisten zu keiner Zeit, auch nicht im März d. J. anzunehmen war. Erst durch die Entsendung von Schutzpolizei nach Mitteldeutschland mit der Aufgabe, den immer mehr sich häufenden Uebergriffen und Gesetzwidrigkeiten, wie dem anwachsenden Verbrechertum unter der Arbeiterschaft entgegenzutreten, kam der Stein ins Rollen. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen war am 14. März d. J. mit dem Verlangen hervorgetreten, das Industriegebiet des Regierungsbezirks Merseburg mit Schutzpolizei zu belegen, und zwar, um die Landwirtschaft gegen die zahlreichen Felddiebstähle durch organisierte bewaffnete Banden zu schützen und in den großen industriellen Werken die Massendiebstähle wertvoller Rohstoffe, wie Grubenholz, Kupfer usw., zu verhindern, wozu sich die Werkpolizeien außerstande gezeigt hatten, sowie um die Nachforschung nach verborgenen Waffen fortzusetzen.

Es folgt sodann in der Denkschrift eine eingehende Darstellung des Aufstandes und seiner Bekämpfung. Der kommunistisch verhetzte Teil der Arbeiterschaft sah in dieser Belegung des Industriegebietes mit Schutzpolizei den willkommenen Anlaß zu Streik und Aufruhr. Seit Monaten von skrupellosen Hetzern bearbeitet, war der Boden für den Aufruhr günstig vorbereitet. Die Spannung war zwar, wie sich jetzt zeigte, hier derartig, daß ein geringfügiger Anlaß die Entladung auslöste. Zum Schluß heißt es:

Die Aufstandsbewegung in Mitteldeutschland hat klar und deutlich bewiesen, daß Reich und Staat starker, zuverlässiger Machtmittel bedürfen, um die Ruhe, Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten. Besonders klar ist zutage getreten, daß neben dem auf 100 000 Mann beschränkten Reichsheere starke und gut organisierte Polizeikräfte unbedingt notwendig sind.

Die Gesamtverluste der Schutzpolizei vom 21. bis einschließlich 31. März 1921 betrugen an Toten 24 Beamte, darunter zwei Beamte im Offiziersrang; verwundet 58 Beamte, darunter 2 P. i. O.; vermißt wird ein Beamter im Unteroffiziersrang. Es wurden eingebracht Gefangene einschließlich der Festgenommenen 3470, Gewehre 1250, Pistolen 10, Maschinengewehre 30, Munition 3270, Personenkraftwagen drei, Lastkraftwagen 11, außerdem eine große Anzahl von zurückgegebenen Tankwagen, Anhängern, Pferdefahrzeuge 35 usw. (W. T. B.)

Stegerwalds fruchtlose Bemühungen.

Berlin, 14. April. Die Verhandlungen des Interfraktionellen Ausschusses des preußischen Landtages über die Kabinettsbildung haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Den Blättern erscheint es zweifelhaft, ob Stegerwald überhaupt eine Lösung der Frage finden werde.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion beschloß mit allen gegen 11 Stimmen, unter keinen Umständen in eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei einzutreten. Sie hat erneut den Vorschlag Stegerwalds abgelehnt, auch zwei Mitglieder der Deutschen Volkspartei in die neu zu bildende Regierung aufzunehmen.

München, 14. April. Die „München-Augsburger-Abendzeitung" schreibt zur preußischen Regierungsbildung: Wenn es sich bestätigen sollte, daß Stegerwald die Genossen Severing, Haenisch und Braun wieder in das Kabinett hineinnimmt, dann stehen wir nicht nur vor der Tatsache einer ungeheuerlichen Täuschung des Volkswillens, wie er sich in Preußen durch die Wahl bekundet hat, sondern hätten mit einem Angriff auf die Reichsregierung vom preußischen Kabinett aus zu rechnen, der in seiner Wirkung verhängnisvoll werden kann. Ein solcher Angriff ist von den Sozialdemokraten beabsichtigt. In dem Augenblick, in dem die Sozialdemokratie in Preußen fest im Sattel sitzt, wird sie die Gelegenheit benutzen, um die sogenannte Homogenität zwischen der preußischen und der Reichsregierung herzustellen. (Da.)

Kahr über Bayerns Verhältnis zum Reiche.

München, 14. April. In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses des bayrischen Landtages wurde die Aussprache über die Einwohnerwehr zu Ende geführt. Der Ministerpräsident Dr. v. Kahr nahm nochmals das Wort und erklärte am Schlusse seiner Ausführungen: Die Angelegenheit ist erledigt, ohne daß von einer nachwirkenden Verstimmung zwischen der bayrischen und der Reichsregierung etwas übrig geblieben wäre. Aus den Meinungsverschiedenheiten über Einzelfragen kann keine Trübung des Verhältnisses zwischen Reich und Bayern oder eine Erschütterung der Zusammengehörigkeit von Reich und Volk hergeleitet werden.

Der neue ungarische Ministerpräsident.

Budapest, 14. April. Graf Stephan Bethlen wurde als Ministerpräsident mit der Bildung der neuen ungarischen Regierung betraut. Graf Bethlen ist einer der exponiertesten Verfechter des nationalen Königtums, prinzipieller Gegner jeder Wiedervereinigung mit Oesterreich und Anhänger einer deutschfreundlichen Politik.

Die vom Grafen Bethlen eingeleiteten Verhandlungen wurden erfolgreich beendet. Die Kabinettsliste wurde dem Reichsverweser nachmittags unterbreitet.